

Max-Planck-Institut  
für demografische Forschung



### EDITORIAL

## Demografischer Wandel im Blick

14 Jahre alt und nach wie vor aktuell ist die Frage, wie sich die beiden Teile Deutschlands nach der Wiedervereinigung in demografischer Hinsicht entwickeln. Eine neue Studie zeigt, dass sich die Deutsche Einheit positiv auf die Lebenserwartung der Ostdeutschen auswirkt; diese hat sich bereits nahezu an die der Menschen im Westen angeglichen. Von 1990 bis 2002 – also innerhalb von nur zwölf Jahren – stieg die Lebenserwartung ostdeutscher Frauen von 76 auf über 81 Jahre; auch ostdeutsche Männer gewannen fünf Jahre. Einblick in diese Entwicklung und ihre Hintergründe geben Seite 1 und 2 von *Demografische Forschung Aus Erster Hand*.

Allerdings verlaufen nicht alle Bevölkerungsprozesse nach dem Muster, dass sich der Osten dem Westen nähert. So behalten Frauen bei der Familiengründung teils die im Osten typischen Normen und Verhalten bei, während Wanderungsbewegungen ganze ostdeutsche Regionen verändern. Der Erforschung der Ursachen und Konsequenzen des demografischen Wandels widmet sich das gleichnamige Zentrum, das das Max-Planck-Institut für demografische Forschung und die Universität Rostock am 1. Oktober 2004 eröffnen.

An Forschungsthemen mangelt es nicht; aber die Datengrundlage ist oft nicht zufriedenstellend. Welche Konsequenzen aus Lücken in der Datenbasis erwachsen, zeigt der Artikel auf Seite 4 anhand der Kinderlosigkeit von hochqualifizierten Frauen in Deutschland. So werden in der politisch-öffentlichen Diskussion häufig zu hohe Zahlen benutzt. Jedoch ist es wichtig, das Verhalten von Akademikerinnen möglichst genau zu kennen, da sie als Trendvorreiter gelten. Zum Beispiel Erwerbstätigkeit: In Westdeutschland arbeiteten in den 70er-Jahren zwei von drei Frauen mit Hochschulabschluss, aber nur etwa 50 Prozent der Frauen mit Mittlerer Reife. Heute liegt die Erwerbsbeteiligung aller Frauen mit Berufsausbildung und/oder Hochschulstudium im Westen bei rund 80 Prozent. Eine Kehrseite des Trends ist häufig der Verzicht auf Kinder und Familie. Eine Umfrage in Österreich belegt aber: Oft wollen Frauen nicht kinderlos bleiben, sie möchten lediglich nicht nur Hausfrau sein. Was Frauen die Entscheidung für ein Kind erleichtern könnte, lesen Sie auf Seite 3.

Nadja Milewski

## Wiedervereinigung zeigt: Für ein langes Leben ist es nie zu spät

### Ostdeutsche holen in der Lebenserwartung auf

*Welche Faktoren bestimmen, wie lange wir leben? Welchen Einfluss hat das frühe Leben, und welche Rolle spielen Veränderungen in den aktuellen Lebensumständen und im Verhalten? Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein markantes Beispiel dafür, wie Veränderungen in den aktuellen Lebensumständen die Sterblichkeitsraten des Menschen sogar noch im fortgeschrittenen Lebensalter verändern können.*

Fragen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland prägen oft den gesellschaftlichen und politischen Diskurs im wiedervereinigten Deutschland.

Die Lebenserwartung ist ein Indikator der Gesundheit und Sterblichkeit einer Bevölkerung, der zur Beurteilung der Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit herangezogen werden kann. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung seit 1956, getrennt für Ost- und Westdeutschland sowie für Männer und Frauen.

Bis etwa 1975 unterschied sich die Lebenserwartung in den beiden deutschen Staaten nur wenig. Während sie danach in der ehemaligen Bundesrepublik schnell weiter stieg, blieb die Lebenserwartung in der

ehemaligen DDR zurück. Dadurch öffnete sich eine Schere zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese Auseinanderentwicklung der Lebenserwartung traf sowohl auf Männer als auch auf Frauen zu. Die Zeitspanne vom Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bis zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 ist in der Abbildung durch einen blauen Balken gekennzeichnet. Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 und den folgenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland begann sich die Kluft in der Lebenserwartung wieder zu schließen. Eine vollständige Angleichung der Lebenserwartung ist allerdings bis heute nicht erreicht. Die Ost-West-Unterschiede bei Frauen sind heute gering, die Unterschiede bei Männern immer noch beträchtlich.

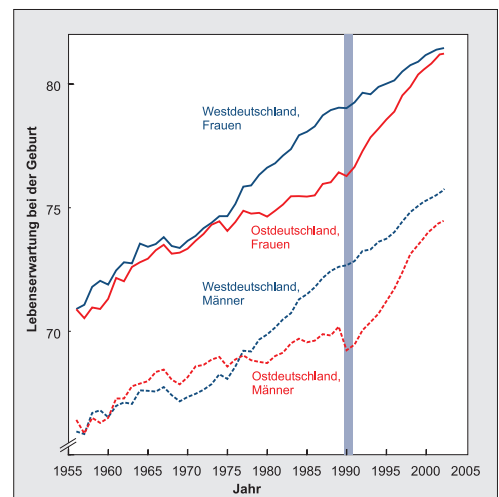


Abb. 1: Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland. Quelle: Human Mortality Database, www.mortality.org.



→ Der medizinische und wirtschaftliche Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte hat Todesfälle weitgehend in ein fortgeschrittenes Alter verschoben. Vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung und einer zunehmenden Zahl älterer Menschen richtet sich deshalb ein besonderes Interesse auf die Entwicklung der Sterblichkeit im hohen Alter. Hatte die Wiedervereinigung einen Einfluss auf die Sterblichkeit sehr alter Menschen? Ein Blick auf die Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeit kann darüber Aufschluss geben. Abbildung 2 gibt die Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeit anhand der Geburtsjahrgänge 1895, 1900, 1905 und 1910 wieder. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung im Jahr 1990 hatten diese Personen also bereits ein Alter von 80 Jahren und darüber erreicht und somit länger gelebt als eine „durchschnittliche“ Person ihres jeweiligen Jahrgangs. Vor der Wiedervereinigung war die Sterbewahrscheinlichkeit der ostdeutschen Geburtsjahrgänge deutlich höher als die der westdeutschen. Nach der Wiedervereinigung passte sich die Sterbewahrscheinlichkeit in den ostdeutschen Geburtsjahrgängen dem Niveau der westdeutschen Jahrgänge an. Trotz ihres fortgeschrittenen Alters profitierten also auch die 80- und 90-jährigen Ostdeutschen von den mit der Wiedervereinigung einhergehenden Verbesserungen. Es ist bemerkenswert, dass jeder Geburtsjahrgang dieses Muster aufweist. Offensichtlich ist die Sterblichkeit – selbst in einem hohen Alter – sehr formbar. Wie bei der Ost-West-Angleichung der Lebenserwartung (Abbildung 1) unterscheiden sich die Geschlechter auch bei der Angleichung der Sterbewahrscheinlichkeit im Alter: bei Frauen sank die Sterbewahrscheinlichkeit stärker als bei Männern. Damit näherten sich ostdeutsche Frauen deutlicher den westdeutschen Werten als Männer.

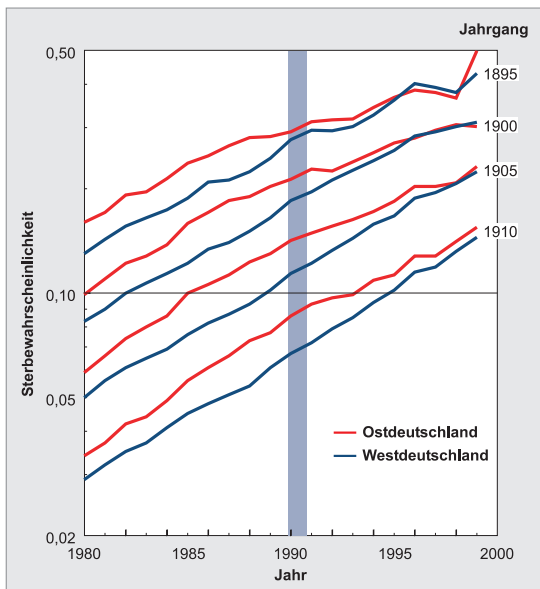
Vermutlich haben vor allem eine verbesserte medizinische Versorgung und verbesserte Einkommensverhältnisse nach der Wiedervereinigung dazu beigetragen, dass sich die Sterblichkeit sehr alter Menschen in Ost- und Westdeutschland zügig ange-

### ☛ Lebenserwartung

Die Lebenserwartung wird berechnet als die durchschnittliche Anzahl der Jahre, die Neugeborene leben würden, wenn die für ein bestimmtes Kalenderjahr beobachtete altersspezifische Sterblichkeit unverändert bleiben würde. Die Lebenserwartung ist deshalb keine Prognose für einen bestimmten Geburtsjahrgang, sondern beschreibt vielmehr die Sterblichkeitsverhältnisse eines bestimmten Kalenderjahres.

### ☛ Sterbewahrscheinlichkeit

Als Sterbewahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres bezeichnen Demografen die Wahrscheinlichkeit, bis zum Alter  $x+1$  zu sterben, wenn man  $x$  Jahre alt geworden ist.



**Abb. 2:** Kohortensterblichkeit der Geburtsjahrgänge 1895, 1900, 1905 und 1910; logarithmische Skala. Quelle: Human Mortality Database.

glichen hat. Viele alte Menschen leiden an chronischen Krankheiten, deren Diagnostik und Therapie bei dem heutigen medizinischen Standard teuer sind. Das Gesundheitswesen der DDR konnte die medizinische Betreuung dieser Erkrankungen nicht in dem Maße gewährleisten, wie es im Westen der Fall war. Deshalb waren Verbesserungen in der Sterblichkeit alter Menschen in der DDR weniger deutlich ausgeprägt als in Westdeutschland. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung wurde das kapitalintensive westdeutsche Gesundheitssystem auch in Ostdeutschland eingeführt, welches zu den beträchtlichen Sterblichkeitsverbesserungen für alte Menschen beitrug.

Eine weitere Erklärung für die Angleichung stützt sich auf die Beobachtung, dass gute Gesundheit und ein langes Leben eng mit Einkommen und materiellem Wohlstand verknüpft sind. Nach der Wiedervereinigung wurde das westdeutsche Rentensystem auch in Ostdeutschland etabliert. Dies führte dazu, dass ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner plötzlich finanziell deutlich besser gestellt waren als vor der Wende. Das heute gültige deutsche Rentensystem belohnt lange Erwerbsbiografien, die in der DDR auch für Frauen typisch waren. Die verbesserte finanzielle Situation der alten Menschen in Ostdeutschland hat sicher dazu beigetragen, dass sich ihre Sterblichkeit nach 1990 senkte.

Die im wiedervereinigten Deutschland beobachteten Sterblichkeitsentwicklungen können einen Beitrag zu einer aktuellen Debatte in der Altersforschung leisten: Die Frage nach der „Plastizität“ – der Formbarkeit – der menschlichen Sterblichkeit wird kontrovers diskutiert. Manche Wissenschaftler

vermuten „geringe Plastizität“. Sie gehen davon aus, dass es eine feste, in der Biologie begründete Obergrenze für die Länge des menschlichen Lebens gibt, und dass die Sterblichkeit im hohen Alter nicht mehr beeinflusst werden kann. Andere Forscher vertreten dagegen den Standpunkt der „hohen Plastizität“. Dieser besagt, dass Alterungsprozesse und Sterblichkeit formbar sind und durch Neuerungen und menschliche Intervention beeinflusst werden können. Die in Abbildung 2 dargestellten Sterblichkeitsentwicklungen in Deutschland unterstützen die Sichtweise der „hohen Plastizität“, da das historische Ereignis der Wiedervereinigung eine deutliche Wirkung auf die Sterblichkeit alter Menschen hatte.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und der damit verbundene soziale Wandel können als interessantes natürliches Experiment angesehen werden, das Gelegenheit bietet, Einflüsse des politischen und ökonomischen Wandels auf Altern und Gesundheit besser zu verstehen. Es scheint, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zumindest im Hinblick auf Sterblichkeitsverbesserungen für alte Menschen bereits weitgehend vollzogen ist. Das Beispiel der Wiedervereinigung zeigt, dass es für lebensverlängernde Veränderungen der Lebensbedingungen selbst im fortgeschrittenen Alter noch nicht zu spät ist.

*Heiner Maier und Rembrandt Scholz*

### ☛ Literatur:

Scholz, R.D. and H. Maier: German unification and the plasticity of mortality at older ages. Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock 2003, 22 p. (MPIDR working paper; WP-2003-031). <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-031.pdf>.

Vaupel, J.W., J.R. Carey and K. Christensen: It's never too late. *Science* 301(2003)5640: 1679-1681.

Gjonca, A., H. Brockmann and H. Maier: Old-age mortality in Germany prior to and after reunification. *Demographic Research* [Online] 3(2000)1: 29 p. <http://www.demographic-research.org/volumes/vol3/1/>.

# Frauen wollen Mutter, aber nicht nur Hausfrau sein

Wie sich strukturelle und finanzielle Anreize in Österreich auf die Wunschkinderzahl auswirken

Österreich hat – wie die meisten europäischen Länder – nicht nur einen deutlichen Geburtenrückgang erfahren, sondern auch einen Rückgang der gewünschten Kinderzahl. In vielen Ländern wird diskutiert, mit welchen sozialpolitischen Instrumenten den sinkenden Kinderzahlen begegnet werden kann, so auch in Österreich. Eine neue Analyse zeigt, welche Unterstützung sich Frauen wünschen.

Die gewünschte Kinderzahl ist in Österreich von etwa 2 bei Frauen des Geburtsjahrganges 1960 auf 1,7 Kinder für den Jahrgang 1980 gesunken. Der Rückgang der bevorzugten Familiengröße jüngerer Geburtsjahrgänge geht einher mit dem dramatischen Rückgang der Kinderzahl am Ende der reproduktiven Phase bei älteren Jahrgängen. Abbildung 1 demonstriert mit Daten von Statistik Austria, dass sich der Geburtenrückgang vor allem bei höheren Kinderzahlen niederschlägt: Ab zwei Kindern sinkt die Wahrscheinlichkeit für ein weiteres Kind. Mit der Entwicklung hin zur Kleinfamilie steht Österreich nicht allein da.

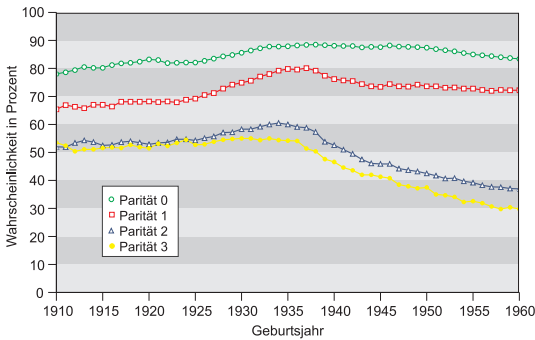


Abb. 1: Wahrscheinlichkeit für ein (weiteres) Kind nach aktueller Kinderzahl (Parität) von Frauen der Geburtskohorten 1925 bis 1950 in Österreich.

Die sozialpolitischen Strategien, mit denen die Regierungen auf den Geburtenrückgang reagieren, sind vielfältig; hauptsächlich geht es um den Abbau finanzieller Restriktionen und/oder den Wegfall struktureller Barrieren zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Jedoch ist die Wirkung dieser Maßnahmen auf Kinderwunsch und angestrebte Familiengröße umstritten. Österreich setzt vor allem auf finanzielle Anreize, um Frauen zu ermöglichen, nach der Geburt eines Kindes für einige Jahre aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Hingegen strebt zum Beispiel Frankreich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit an.

In der internationalen Studie „Population Policy Acceptance Survey“ (PPA) wurden im Jahr 2001 repräsentative Daten zu Fakten, Einstellungen und Meinungen der österreichischen Bevölkerung zu

demografisch und familienpolitisch relevanten Themen erhoben; befragt wurden etwa 2000 Personen. Für Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren zeigt sich eine deutliche Kluft zwischen der individuell gewünschten und der bislang realisierten Kinderzahl.

Die PPA-Daten belegen, dass strukturelle Barrieren die insgesamt gewünschte Kinderzahl reduzieren, schreibt Henriette Engelhardt in ihrem Forschungsbericht *Fertility Intentions and Preferences: Effects of Structural and Financial Incentives and Constraints in Austria*.

Zu diesen Barrieren gehört ein Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der Familie und Beruf unvereinbar erscheinen lässt. Dies trifft auf alle Frauen ungeachtet ihrer bisherigen Kinderzahl zu. Was die finanzielle Situation angeht, ist bemerkenswert, dass österreichische Frauen mit und ohne Kinder keine Unterschiede in der gewünschten Kinderzahl im Hinblick auf unterschiedliche finanzielle Ressourcen zeigen. Vor dem Hintergrund, dass die österreichische Regierung dem Rückgang der Kinderzahlen vor allem durch finanzielle Anreize begegnet, ist dies besonders interessant.

Insgesamt zeigt sich aber, dass Österreicherinnen geteilter Meinung zu staatlicher Unterstützung sind: Knapp die Hälfte der Frauen mit einem oder keinem Kind meint, dass es durch bestimmte familienpolitische Maßnahmen leichter sein würde, ihre gewünschte Kinderzahl zu realisieren. Bezüglich der Art der gewünschten Unterstützung, die die Entscheidung für Kinder erleichtern könnte, liegen strukturelle und finanzielle Faktoren beinahe gleich auf (siehe Abbildung 2). Etwa 90 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter wünschen sich flexible Arbeitszeiten, mehr und bessere Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für Eltern mit kleinen Kindern sowie umfassende Steuererleichterungen für Eltern mit minderjährigen Kindern. Interessant bei den gewünschten sozialpolitischen Veränderungen ist, dass die befragten Mütter in etwa die gleichen Wünsche haben – egal wieviele Kinder sie haben (wollen). Allerdings verliert die Familienpolitik mit höherem Alter der Frauen an Einfluss auf deren Kinderwunsch.

Über die Hälfte der Befragten gibt jedoch an, dass staatliche Förderungen keinen Einfluss auf ihren

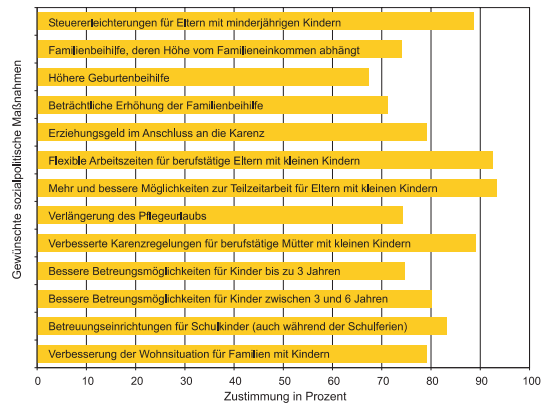


Abb. 2: Gewünschte sozialpolitische Maßnahmen zur Erleichterung der Entscheidung für ein Kind und zur Verbesserung der Lebenssituation.

Kinderwunsch haben. Warum dies so ist, ist aus den aufgeführten Gründen gegen Kinder abzulesen: Von den kinderlosen Frauen geben 31 Prozent an, überhaupt keine Kinder zu wollen, während 64 Prozent der Frauen mit einem Kind und 90 Prozent der Frauen mit zwei und mehr Kindern kein weiteres Kind wollen. Die Gründe für den nicht (mehr) vorhandenen Kinderwunsch hängen von der aktuellen Kinderzahl ab: Kinderlose Frauen berichten am häufigsten, dass sie Freizeitaktivitäten aufgeben müssten, dass sie ihren jetzigen Lebensstandard beibehalten wollen, und dass sie mit Kind das Leben nicht mehr wie bisher genießen könnten. Die Hälfte der Frauen mit einem Kind hat bereits die gewünschte Zahl Kinder, und ein Drittel gibt an, dass ein weiteres Kind zu hohe Kosten verursachen würde.

Für Frauen mit mehr als einem Kind sind die hohen Kosten von Kindern und die schwierige Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit die zentralen Gründe gegen ein weiteres Kind. Für kinderlose Frauen sind dagegen weder finanzielle noch strukturelle Faktoren ein Argument gegen Kinder, sondern primär eine flexible Freizeitgestaltung.

Henriette Engelhardt

Literatur:

Engelhardt, H.: *Fertility intentions and preferences: effects of structural and financial incentives and constraints in Austria*. Vienna Institute of Demography, Vienna 2004, 23 p. (Working papers ; 2/2004). [http://www.oew.ac.at/vid/publications/WP2004\\_2.pdf](http://www.oew.ac.at/vid/publications/WP2004_2.pdf)

Goldstein, J., W. Lutz and M.R. Testa: *The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe*. *Population Research and Policy Review* 22(2003)5-6: 479-496.

# Politikdiskussion fehlt verlässliche statistische Grundlage

## Datenprobleme in der Demografie am Beispiel der Kinderlosigkeit in Deutschland

*Die niedrigen Geburtenraten in Deutschland werden von Politik und Medien zunehmend als sozialpolitische Herausforderung wahrgenommen. Der Diskussion fehlt aber ein sicheres Fundament, da die Datenlage zum Geburtenverhalten in Deutschland schlecht ist. Dies lässt sich am Beispiel Kinderlosigkeit zeigen, die weder mit der Bevölkerungsstatistik noch mit dem Mikrozensus verlässlich berechnet werden kann.*

Die amtliche Bevölkerungsstatistik ist die wichtigste Quelle, um die Bevölkerungsentwicklung zu beschreiben. Die Geburtenstatistik basiert auf den in den Standesämtern registrierten Geburten. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht wichtige Kennziffern, wie die Anzahl der Geburten und der nicht-ehelich geborenen Kinder. Der Anteil kinderloser Frauen wird jedoch nicht angegeben. Zur Berechnung dieser Kennziffer wären Informationen über die „biologische Rangfolge“ der Geburten einer Frau nötig. Die Rangfolge einer Geburt wird in Deutschland aber nur nach der „Rangfolge in der bestehenden Ehe“ dokumentiert. Ein Beispiel: Hat eine Frau zwei Kinder, lässt sich scheiden, heiratet erneut und bekommt ein weiteres Kind, wird dieses als erstes Kind in der Ehe registriert. Für nichteheliche Geburten wird keine Rangfolge erfasst. Um Kinderlosigkeit auf Basis der Bevölkerungsstatistik berechnen zu können, wäre eine Änderung in der Dokumentationspraxis von Geburten notwendig. Statt der „Rangfolge in der

bestehenden Ehe“ müsste die „biologische Rangfolge“ festgehalten werden, was in den meisten europäischen Ländern Praxis ist.

Die wichtigste amtliche Befragung zu Haushalts- und Familienstruktur in Deutschland ist der Mikrozensus. In dieser Erhebung wird jährlich ein Prozent der Bevölkerung befragt. Die meisten Fragen unterliegen der Auskunftspflicht; somit fallen Antwortverweigerungen, die in nichtamtlichen Befragungen üblich sind, gering aus. Der Mikrozensus umfasst über 100 Fragen, etwa zu den Kindern, die im Haushalt leben. Personen werden jedoch nicht nach den Kindern gefragt, die nicht (mehr) im selben Haushalt leben. Da die tatsächliche Anzahl der Kinder nicht erfragt wird, lässt sich auch auf Basis des Mikrozensus nicht verlässlich der Anteil kinderloser Frauen ermitteln.

Wie kann man die Häufigkeit von Kinderlosigkeit berechnen, wenn die beiden wichtigsten amtlichen Datensätze nicht die notwendigen Informationen enthalten? In der Forschung wird mit fehlenden Angaben in der amtlichen Statistik pragmatisch umgegangen: Nichtamtliche Befragungsdatensätze (wie Allbus, Sozio-oekonomisches Panel und DJI-Familienurvey) ergänzen die amtliche Statistik. Auch können auf Basis der im Mikrozensus verfügbaren Angaben, ob Kinder im Haushalt leben, Rückschlüsse über das Ausmaß der Kinderlosigkeit gezogen werden.

Unproblematisch sind beide Vorgehensweisen allerdings nicht. Nichtamtliche Befragungen beruhen – im Unterschied zum Mikrozensus – auf Freiwilligkeit. Daraus resultiert das erhebliche Problem der Antwortverweigerung. Zudem haben die meisten nichtamtlichen Befragungsdatensätze nur vergleichsweise kleine Fallzahlen, so dass Auswertungen nach Unterkategorien, etwa Geburtsjahrgängen und Bildungsgruppen, oft nicht verlässlich sind.

Die Mikrozensus-Schätzungen sind problematisch, da die Anzahl der Kinder, die im Haushalt leben, nicht unbedingt mit der Zahl der Kinder, die eine Frau geboren hat, übereinstimmt. Es können Kinder gestorben sein, den mütterlichen Haushalt wegen Trennung bzw. Scheidung verlassen haben oder ausgezogen sein, um einen Haushalt zu gründen. Tabelle 1 verdeutlicht dies: Demnach sind mit 35 Jahren 29 Prozent der westdeutschen und 13 Prozent der ostdeutschen Frauen kinderlos. Mit zunehmenden Alter der Frau liefert der Mikrozensus keine verlässlichen Schätzungen mehr, was daran zu erkennen ist, dass im Alter 45 die Kinderlosigkeit sprunghaft steigt.

Man könnte annehmen, dass für die meisten Frauen im Alter von 35 Jahren feststeht, ob sie end-

gültig kinderlos bleiben. Würde man die Häufigkeit von Kinderlosigkeit in diesem Alter ermitteln, ließen sich Verzerrungen durch Kinder, die den Haushalt verlassen haben, reduzieren. Bislang war dies gängige Praxis, die sich aber als überholt darstellt, da spätere Mutterschaften zunehmen. Dies zeigt das Beispiel der Akademikerinnen: 45 Prozent der westdeutschen Frauen mit Hochschulabschluss sind mit 35 Jahren kinderlos, wenn man das Kriterium „im Haushalt lebender Kinder“ heranzieht. Im Alter von 45 trifft dies aber nur auf 32 Prozent zu. Diese Werte lassen vermuten, dass weniger Akademikerinnen in Westdeutschland kinderlos sind als allgemein angenommen. Dies ändert jedoch wenig an der Einschätzung, dass die Kinderlosigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich hoch – wahrscheinlich eine der höchsten in Europa – ist. Da keine verlässlichen Zahlen existieren, sind Wissenschaftler weiter auf Schätzungen und Vermutungen angewiesen.

Tab. 1: Kinderlosigkeit von Frauen im Jahr 2000:

	Alle		Akademikerinnen	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Alter 30	46%	27%	73%	49%
Alter 35	29%	13%	45%	19%
Alter 40	24%	12%	36%	8%
Alter 45	32%	26%	32%	15%

Quelle: Scientific Use Files des Mikrozensus 2000 (eigene Berechnungen).

Mit der Neufassung des Mikrozensus-Gesetzes bestand 2004 die Möglichkeit, Fragen zur Kinderzahl in den Mikrozensus einzubringen. In dem Gesetzentwurf, der das Frageprogramm für die Jahre 2005 bis 2012 regelt, wurde vorgeschlagen, die tatsächliche Anzahl der Kinder zu erfragen. Aber diesen Vorstoß stoppte der Bundesrat, wie er zudem einige andere demografisch und familienpolitisch relevante Fragen strich, darunter Heiratsalter und Nutzung einer Kindertageseinrichtung.

Es werden viele Gründe genannt, warum im Mikrozensus nicht nach der Zahl der Kinder gefragt wird. Ein traditionelles Argument lautet, dass die Fragen des Mikrozensus der Auskunftspflicht unterliegen und Personen nicht genötigt werden sollen, ihre nichtehelichen Kinder zu offenbaren, die sie vielleicht bisher erfolgreich verschwiegen haben. Es ist jedoch kaum verständlich, warum Fragen zum Einkommen weniger heikel sein sollten als Fragen zu den eigenen Kindern. Auch wird auf die Überlastung des Mikrozensus hingewiesen. Dieses Argument ist angesichts der Aktualität und sozialpolitischen Brisanz des demografischen Themas ebenfalls schwer nachzuvollziehen. Die Familienpolitik braucht – genauso wie die Arbeitsmarktpolitik – verlässliche statistische Grundlagen für eine rationale Politikgestaltung, was in Deutschland bislang nicht gegeben ist.

Michaela Kreyenfeld

### IMPRESSUM

Herausgeber: Jan M. Hoern und James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, in Kooperation mit Wolfgang Lutz, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien  
ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Jan M. Hoern (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Nadja Milewski

Layout: Silvia Leek

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift:

Max-Planck-Institut für demografische Forschung  
Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland  
Telefon: (+49) 381/2081-132 · Telefax: (+49) 381/2081-432

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Das Herausbergremium zieht gern von außen eingereichtes Material in Betracht. Beiträge sollten in leicht verständlichem Stil verfasst sein. Forschungsergebnisse sollten durch Grafiken veranschaulicht werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt.

Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Kontakt: kreyenfeld@demogr.mpg.de